

Zusammengerauft – Die Entstehung der Modellschule Obersberg

Die Konzeption der MSO ist das Ergebnis verschiedener bildungspolitischer Forderungen, die Ende der 60er Jahre an Bedeutung gewannen. Begünstigt wurde der Entscheidungsprozess durch den Raummangel an bestehenden Schulen und das Bestreben, bei notwendigen baulichen Veränderungen den aktuellen Stand der pädagogischen Diskussion zu berücksichtigen.

Zielsetzung einer neuen schulpolitischen Konzeption war laut Bericht des Kreis Ausschusses von 1970 „Verwirklichung der Chancengleichheit für alle Bildungswege, Bereitstellung einer Organisationsform für die neu zu bestimmenden Arbeitsziele und Arbeitsweisen, Ausweitung des Schulwesens zu einem zeitlich und räumlich umfassenden Bildungswesen“. Die Tatsache, dass 1963/64 in der Kreisstadt 30 % der Schülerinnen und Schüler ein Gymnasium und 47 % eine Hauptschule besuchten, während in den Landgemeinden nur 13 % ein Gymnasium, aber 75% eine Hauptschule besuchten, zeigt, dass man noch weit entfernt war vom Ziel gleicher Bildungschancen.

Als Lösung stand dabei zunächst weniger der Gesamtschulgedanke im Vordergrund. Vielmehr sollte das Bildungsangebot in den Landgemeinden durch Mittelpunktschulen verbessert und das Raumangebot der Alten Klosterschule erweitert werden. Der Erweiterungsbau der Alten Klosterschule erwies sich aus räumlichen Gründen im Stadtgebiet als zu schwierig. Gleichzeitig wurde die Errichtung von Mittelpunktschulen in den umliegenden Randgemeinden abgelehnt, da sie nicht die für Mittelpunktschulen erforderliche Größe erreicht hätten.

Neben notwendigen Veränderungen im allgemeinbildenden Schulwesen rückten die Defizite im Bereich der beruflichen Schulen gleichzeitig in das Blickfeld. Bildungspolitische Forderungen des Deutschen Bildungsrates, den „Sackgassencharakter der beruflichen Bildungsgänge“ aufzuheben und die berufliche Bildung unter öffentliche Verantwortung zu stellen, beeinflussten die Reformdiskussion auch im Kreis Hersfeld. Der zunehmende Besuch beruflicher Vollzeitschulformen führte gleichzeitig zu einer Raumknappheit, so dass auch unter diesem Aspekt der Handlungsbedarf groß war.

Der Entwicklungsprozess wird an den Kreistagsbeschlüssen und der Häufigkeit ihrer Veränderungen deutlich: Einstimmiger Beschluss am 4. Februar 1966 „Die Alte Klosterschule wird als selbständige Schule an anderer Stelle in Verbindung mit einer Mittelpunktschule mit Realschulzug neu errichtet. Einstimmiger Beschluss am 2. Februar 1967:“ Die Alte Klosterschule wird als selbstständige Schule in Verbindung mit einer Mittelpunktschule mit Realschulzug im Rahmen eines Schulzentrums auf der Kuppe des Obersbergs errichtet.“

Mit einer Stimmenthaltung wird am 14. Dezember 1967 beschlossen: "Es soll auf dem Gelände Obersberg eine gemeinsame Schule (additive Gesamtschule) für das Gymnasium Alte Klosterschule, eine Haupt- und Realschule mit Förderstufe sowie für die bisherigen in Bad Hersfeld bestehenden Berufsfachschulklassen errichtet werden. In

der Planung sind Räumlichkeiten für eine Tagesheimschule bis zu 300 Kindern vorzusehen. Der Besuch der Tagesheimschule soll freiwillig sein. Die Planung und bauliche Gestaltung soll so erfolgen, dass jeder künftigen Entwicklung in der Schulorganisation Rechnung getragen wird."

Beschluss am 5. August 1969 bei zwei Gegenstimmen und drei Enthaltungen" beim Hessischen Kultusministerium den Antrag zu stellen, die in der Planung befindliche Gesamtschule auf dem Obersberg in Bad Hersfeld als Versuchs- und Modellschule im Sinne der Empfehlungen der Bildungskommission des Deutschen Bildungsrates anzuerkennen. Die Schule soll als integrierte und differenzierte Gesamtschule mit Ganztagsunterricht geführt werden. Sie soll die Förderstufe mit den Jahrgängen 5 und 6, die Mittelstufe mit den Jahrgängen 7 bis 10 und die Oberstufe oder Collegstufe mit den Jahrgängen 11 bis 13 umfassen. Berufsfachschulen, Fachoberschulen und Wirtschaftsgymnasien sind integriert."

Die Planungen der Kultusministerkonferenz zur Einführung des Kurssystems führten schon kurze Zeit später zu einer Veränderung der Situation. Die Luisenschule, für die ein Neubau im Geistal vorgesehen war, besaß eine zu kleine Oberstufe, um ein sinnvolles Kurssystem zu ermöglichen.

Am 16. April 1973 legte der Kreistag das Fundament für die endgültige Konzeption der Modellschule Obersberg, die auch die sich abzeichnenden Veränderungen in der Oberstufe berücksichtigte. Er beschloss die Einrichtung einer studien- und berufsbezogenen Oberstufenschule, die die gesamte kaufmännische Abteilung der Berufsschule einschließlich der Teilzeitschülerinnen und Teilzeitschüler mit kaufmännischen Ausbildungsberufen, die Oberstufe der Alten Klosterschule und - ab 01.08.1974 - die Oberstufe der Luisenschule umfassen sollte. Diese Oberstufenschule sollte selbstständig neben der noch zu errichtenden Gesamtschule für die Sekundarstufe I geführt werden. Das Hessische Kultusministerium stimmte dieser Entscheidung mit Erlass vom 26.06.1973 zu, der Kreiselternbeirat gab seine Zustimmung einstimmig am 03.07.1973. Das Kollegium der Berufsschule erteilte sein Einverständnis unter dem Vorbehalt, dass auch für die gewerbliche Berufsschule ein Neubau auf dem Obersberg geschaffen würde. Mit Beginn des Schuljahres 1973/74 nahm die Modellschule Obersberg ihre Arbeit als selbstständige Oberstufenschule auf. Integriert waren die Oberstufe der Alten Klosterschule, alle kaufmännischen Schulformen und - ein Jahr später - die Oberstufe der Luisenschule.

Auffallend an den Kreistagsbeschlüssen ist aus heutiger Sicht nicht nur das Tempo der Veränderungen, sondern der ausgeprägte bildungspolitische Konsens, der zu diesen Beschlüssen führte und im Gegensatz steht zu den harten schulpolitischen Kontroversen, die später im Kreisgebiet ausgetragen wurden. Reformwille und Entschlusskraft der politischen Entscheidungsträger sowie der Betroffenen bei Berücksichtigung der aktuellen pädagogischen und bildungspolitischen Diskussionen führten zu einer Schulkonzeption, die auf Landes- und Bundesebene Beachtung fand und in den Anfangsjahren wissenschaftlich begleitet wurde.

Zielsetzung und inhaltliche Ausgestaltung der Modellschule Obersberg

Allgemeine und berufliche Bildung sollten grundsätzlich als gleichwertig betrachtet werden. Allen Schülerinnen und Schülern sollte die Chance gegeben werden, einen ihren Fähigkeiten und Neigungen entsprechenden Ausbildungsgang zu wählen. Die Beratung und Betreuung sollte durch Tutoren erfolgen. Alle Schülerinnen und Schüler der Jahrgangsstufe 11 sollten die Gelegenheit erhalten, die spezifischen Anforderungen der Oberstufe kennen zu lernen, Defizite zu kompensieren und durch berufsbezogene Kurse eine Lücke im herkömmlichen bisherigen Fächerkanon zu schließen. Soweit aus pädagogischen und organisatorischen Gründen vertretbar, sollten einzelne Kurse von Voll- und Teilzeitschülerinnen und -schülern besucht werden, um die soziale Integration zu verbessern, theorie- und praxisbezogene Schwerpunkte zu verknüpfen und ein vielfältigeres Angebot unterbreiten zu können. Die Auszubildenden im Teilzeitbereich sollten ein qualifiziertes Unterrichtsangebot im allgemeinbildenden und berufsbezogenen Unterricht durch entsprechend ausgebildete Lehrkräfte erhalten bei verstärkter theoretischer Ausbildung und Nutzung von gut ausgestatteten Klassen- und Fachräumen. Für den berufsbezogenen Unterricht in den Teilzeitklassen wurden mit neuen Rahmenplänen ab 1972 die Fächer zu Gunsten eines Lehrgangsystems aufgegeben, um eine Zusammenführung beruflicher und allgemeinbildender Bildungsgänge grundsätzlich zu erleichtern. Schülerinnen und Schüler der gymnasialen Oberstufe sollten ein breit differenziertes Kursangebot erhalten, das unabhängig vom Modellversuchskonzept alle KMK-Vorschriften berücksichtigte, um die Anerkennung erworbener Abschlüsse zu gewährleisten. Das Fach Wirtschaftswissenschaften sollte im Leistungskursangebot enthalten sein, gleichzeitig sollte über zusätzliche Fachtheoriekurse im Rechnungswesen und der speziellen Betriebslehre der theoretische Teil der Ausbildung zum Industrie- oder Bankkaufmann/-frau zusätzlich zur Allgemeinen Hochschulreife (Abschlussprofil II) erworben werden können. Umfassende curriculare Arbeiten waren in den Anfangsjahren zu leisten von Lehrerinnen und Lehrern, die aus unterschiedlichen Kollegien kamen und sich ihre gegenseitige Akzeptanz erst erarbeiten mussten.

Die erste Bilanz nach vier Jahren MSO

In einem Zwischenbericht aus dem Jahr 1977 beschreibt der damalige Schulleiter Edgar Windemuth die Situation:

"Der Vorgang der Konsolidierung, der Bildung einer Schulgemeinde durch Schüler findet seine Parallele in der Entwicklung des Kollegiums. Etwa ein Drittel der Lehrer ist in den letzten drei Jahren gleich nach dem zweiten Examen in die Modellschule Obersberg eingetreten und arbeitet jetzt in kollegialer Weise mit den Lehrern, deren Berufserfahrung in die Arbeit an der früheren kaufmännischen Berufsschule und an den früheren Gymnasien zurückreicht. Das Durchschnittsalter des Kollegiums ist 38

Jahre. Die organisatorische Integration hat nachweisbar für Berufsschüler und Schüler der gymnasialen Oberstufe gute Ergebnisse erbracht. Das curriculare Angebot der Schule ist ebenfalls fortschreitend verbessert und erweitert worden, so dass jetzt folgender Kanon der Leistungsfächer (15) besteht: Deutsch, Englisch, Französisch, Latein, Griechisch, Musik, Kunst, Gemeinschaftskunde, Religion, Wirtschaftswissenschaften, Mathematik, Physik, Chemie, Biologie und Sport. Die curriculare Integration, d.h. der gemeinsame Unterricht von Schülern berufsbezogener und studienbezogener Bildungsgänge, die mit dem Doppelprofil in enger Verbindung steht, ist von einem betont pragmatischen Ansatz her verfolgt worden. Zunächst liegt einmal auf der Hand, dass nur solche Schüler sinnvoll zusammenarbeiten können, die gleiche oder zumindest sehr ähnliche Bildungsvoraussetzungen mitbringen. Dass beide Gruppen sich fachlich gegenseitig fördern, ist ebenfalls deutlich geworden. Die Berufsschüler bringen Erfahrungen und Kenntnisse aus der Praxis ein, die den Unterricht für die Schüler der gymnasialen Oberstufe anschaulicher und verständlicher machen. Die Schüler der gymnasialen Oberstufe hingegen tragen durch ihre stärker auf Reflexion gerichtete Unterrichtshaltung dazu bei, dass auch für die Berufsschüler der Unterrichtsgegenstand deutlicher problematisiert und damit im umfassenderen Sinne erkannt wird."

Die wissenschaftliche Begleitung unter Mitwirkung von Kollegen der Modellschule Obersberg bilanziert 1979:

Im Schuljahr 1978/79 besuchen 47 Berufsschüler und 282 Schüler der Jahrgangsstufe 11 gemeinsamen wirtschaftswissenschaftlichen Unterricht. Die Möglichkeit einer weitergehenden Integration ist abhängig vom regionalen Ausbildungsplatzangebot, der Schülerzahl mit mittlerem Bildungsabschluss und der Verkürzung der Ausbildungszeit durch entsprechende schulische Abschlüsse zu Beginn der Berufsausbildung. Bei einer zahlenmäßigen Dominanz der Vollzeitschülerinnen und -schüler in den integrierten Kursen fühlen sich die Teilzeitschülerinnen und -schüler unzureichend berücksichtigt, auch die Lehrkräfte sehen die Gefahr, dass unter diesen Bedingungen der Unterricht zu theorielastig gestaltet wird. Daher werden mit Beginn des Schuljahres 1978/79 nur noch integrierte Kurse mit gleicher Zahl von Voll- und Teilzeitschülerinnen und -schülern gebildet. Hieraus resultiert, dass nur noch 4 der insgesamt 15 wirtschaftswissenschaftlichen Kurse in der Jahrgangsstufe 11 integriert unterrichtet werden im Umfang von vier Wochenstunden. Auch in den integrierten Fachtheoriekursen Industrie/ Bank sind die Vollzeitschülerinnen und -schüler des Abschlussprofils II weit in der Überzahl im Vergleich zu den Teilzeitschülerinnen und -schülern mit dem entsprechenden Ausbildungsberuf, was die curriculare und organisatorische Integration erheblich erschwert.

Auch wenn Anfang der achtziger Jahre wichtige Ansatzpunkte zur Integration allgemeiner und beruflicher Bildung aus der Gründungszeit der MSO aufgegeben werden mussten, da die praktischen Umsetzungsprobleme bei den integrierten Kursen zu groß wurden und stärkere juristische Auflagen den Gestaltungsspielraum begrenzten, so sind bedeutende spezifische Angebote der MSO erhalten und weiterentwickelt worden. Für den Leistungskurs Wirtschaftswissenschaften entscheiden sich

gegenwärtig ca. 25% der Schülerinnen und Schüler eines Jahrgangs, viele Schülerinnen und Schüler wählen den Grundkurs Wirtschaft und führen ihn bis zum Abitur. Das Fach Wirtschaft ist verbindlich in der Jahrgangsstufe 11/I. Das Abschlussprofil II mit einer beruflichen Teilqualifikation findet nach wie vor Akzeptanz und wurde in den

90er Jahren weiterentwickelt und um das doppelqualifizierende Abschlussprofil III mit einem Abschluss als "Assistent/in für Wirtschaftsinformatik" ergänzt. Neue Ausbildungsberufe in der Teilzeitberufsschule sowie ein zusätzliches Angebot an beruflichen Vollzeitschulen dokumentieren die ständige Weiterentwicklung der MSO, um dem Gründungsauftrag, ein qualitativ hochwertiges und differenziertes Bildungsangebot in unserer Region zu schaffen, gerecht zu werden. Die Diskussion um die von Unternehmerseite geforderte Einrichtung des Faches Wirtschaft an allgemeinbildenden Schulen, wie sie in anderen Bundesländern geführt wird, erübrigt sich an der MSO - hier hat dieses Fach eine dreißigjährige Tradition. Die Weiterentwicklung der MSO von der Gründungszeit bis heute wäre nicht möglich gewesen ohne ein engagiertes Kollegium, das dem Leitbild "Modernität und Menschlichkeit, Sachbezug und Struktur, Offenheit und Orientierung" in der konkreten Unterrichtsarbeit und im Umgang mit Schülerinnen und Schülern der verschiedenen Schulformen Rechnung trägt.

Gudrun Finke

Literatur:

Dedering, Heinz (Hrsg.): Sachstandsberichte über Modellversuche in der Sekundarstufe II in Hessen, Wissenschaftliche Begleitung, Frankfurt 1980

Kreisausschuss des Landkreises Hersfeld (Hrsg.): Gesamtschule Obersberg, Bad Hersfeld 1970

Modellschule Obersberg 1977, Zwischenbericht

Vollmer, Friedhelm: Die Modellschule Obersberg - ein Beitrag zur Verwirklichung der Integration beruflicher und allgemeiner Bildung in der Sekundarstufe II? Diplomarbeit, Kassel 1975

Quelle: Festschrift der MSO zum 30-jährigen Bestehen, 2003